

19.06.2009

„Kurzarbeit statt Kündigungen“

Gespräch zwischen SPD und IG Metall

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt war Thema eines Gesprächs zwischen „Arbeitskreis Wirtschaft und Arbeit“ des SPD-Kreisverbandes Schwarzwald-Baar und der örtlichen Industriegewerkschaft Metall.

Villingen-Schwenningen. Dazu berichtete der Erste Bevollmächtigte der IG Metall, Michael Ruhkopf, über die Situation der Arbeitsplätze in den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie. Er stellte für diesen Wirtschaftszweig fest, dass in den Betrieben mit Betriebsräten bisher nur sehr wenige Kündigungen ausgesprochen worden seien. Hier mache sich bemerkbar, dass die Betriebsräte den Arbeitgebern, unter anderem auch durch die neuen gesetzlichen Bestimmungen zur Kurzarbeit aufgrund des Konjunkturpaketes II, Gegenmodelle zu Kündigungsabsichten anbieten könnten.

Sowohl die Verlängerung des Zeitrahmens für den Kurzarbeitergeldbezug als auch die verstärkte Übernahme von Sozialversicherungsabgaben durch die Agentur für Arbeit haben den Arbeitsmarkt beruhigt, so der Eindruck des IG-Metall-Bevollmächtigten. „Ohne diese Maßnahmen sähe die Arbeitsmarktstatistik deutlich schlechter aus, als sie derzeit ohnehin schon ist.“

Nach Angabe von Michael Ruhkopf werden derzeit durch Betriebsvereinbarungen oder Ergänzungstarifverträge mindestens 4000 bis 5000 Arbeitsplätze abgesichert, die ansonsten vom Arbeitsplatzabbau und damit von Arbeitslosigkeit bedroht wären. Hier zeige sich, dass die engagierte Arbeit von Betriebsräten und Gewerkschaften arbeitsplatzerhaltend sein kann. In vielen anderen Betrieben fielen Kündigungen so manchem Arbeitgeber offensichtlich leichter.

„Kurzarbeit so lange wie möglich statt Kündigungen“ sei derzeit die Strategie in den Betrieben. „Die Betriebe, die diese erweiterten Kurzarbeitsmöglichkeiten und andere Maßnahmen aus dem Konjunkturpaket II nutzen, werden auch die sein, die nach Ende der Wirtschaftskrise als erste wieder in eine günstige Situation kommen, weil sie das Personal, mit dem eine steigende Nachfrage abgewickelt werden könne, noch an Bord haben“, urteilte Michael Ruhkopf.

Allerdings müsse eingeschränkt werden, dass der hohe Anteil an befristet Beschäftigten und Leiharbeitnehmern dazu geführt habe, dass diese Menschen weitestgehend aus den Betrieben verschwunden sind. Das sei „die unmittelbare Folge einer verfehlten Politik der beliebigen Nutzbarkeit von befristeten Arbeitsverträgen und Leiharbeit.“

Armin Frank, Leiter des SPD-Arbeitskreises Wirtschaft und Arbeit, äußerte sich besorgt über die augenblickliche wirtschaftliche Situation, stellte gleichzeitig aber fest, dass die Maßnahmen, die von der Bundesregierung im Rahmen des Konjunkturpaketes II getroffen wurden, offensichtlich richtig waren und Wirkung zeigen. „Diese Wirtschaftskrise und die richtige Reaktion der Bundesregierung macht deutlich, dass die Ideologie der Vergangenheit, der Staat müsse sich aus der Wirtschaft komplett heraus halten, falsch gewesen ist. Ein Befolgen dieser neoliberalen Strategie, die die konservative Politik immer noch vor sich herträgt, hätte schon zu diesem Zeitpunkt eine sehr viel höhere Arbeitslosigkeit zur Folge gehabt.“

Armin Frank zog aus der Situationsbeschreibung das Fazit: „Einen inaktiven Nachwächterstaat kann sich eine dynamische Industriena-tion wie Deutschland nicht leisten!“

eb

Südwestpresse 19.06.09